

Dokumentation des Workshops

„Stadt, Prostitution, Vertreibung – Vom schwindenden Recht auf Straße für Sexarbeiterinnen“

Stella Gaertner, Tina Habermann, Iris Nowak

Die aktuelle Politik um Sexarbeit zwischen Repression, Vertreibung und Vereinnahmung für städtische Aufwertungsprozesse diskutierten 70 Teilnehmer_innen in einem Tagesworkshop, den die RLS in Kooperation mit dem Hamburger Verein ragazza e.V am 2. Dezember 2011 im Kulturladen in Hamburg St. Georg veranstaltete. Einigkeit bestand für die Teilnehmenden darin, dass die Anerkennung von Sexarbeit als Arbeit, die anderen Formen von Erwerbsarbeit gleichwertig ist, ein dringendes politisches Ziel bleibt. Dazu braucht es auch eine Kritik der sozialen Fragmentierung innerhalb der Gruppe der Sexarbeiter_innen.

Der Verkauf sexueller Dienste hat Geschichte. In ihm hat stets ein Ringen um ökonomische, rassifizierende Verhältnisse und Geschlechterverhältnisse, um Vorstellungen von Ordnung und Moral stattgefunden. Diese Konflikte fanden ihren Ausdruck in gesellschaftlichen Regulierungen und in stadträumlichen Ordnungen. Seit den selbstorganisierten Kämpfen der Hurenbewegung in den 1980ern und aktuellen Positionsbestimmungen politischer Akteur_innen zeigen sich in Europa unterschiedliche Umgangsweisen mit Sexarbeit. Für eine – potentiell solidarische – Linke in Deutschland lässt sich heute jedoch ein weitgehendes Schweigen zu dem Thema feststellen. Mit dem Prostitutionsgesetz von 2002 wurde Prostitution zwar legalisiert und als Beruf anerkannt, gleichwohl bietet es nur für wenige Sexarbeiter_innen¹ eine Absicherung und hat kaum Auswirkungen auf eine gesellschaftliche Anerkennung der Arbeit gehabt.

„Bislang wurden jedoch [mit dem Prostitutionsgesetz] keine großen Erfolge verzeichnet, weil einerseits die dichotomen Gegenüberstellungen von Selbstbestimmung, Freiwilligkeit, positiver und negativer Freiheit versus Abhängigkeit, Zwang und sexuelle Ausbeutung der Komplexität von Prostitution nicht gerecht werden und andererseits die Verschränkungen verschiedener Gesetzgebungen zu neuer Marginalisierung führt. Es ist erforderlich, die Heterogenität der Sexarbeit aufzuzeigen und auch die Marginalisierten entlang der Achse des Prostitutionsgesetzes sichtbar zu machen.“²

Im Rahmen von städtischen Aufwertungs- und Gentrifizierungsprozessen wird der Straßenstrich nach wie vor als „Schmuddel-Ecke“ betrachtet und mit repressiven Maßnahmen zu verdrängen versucht. Als Alternative hierzu stellt eine stabilisierende rechtliche Rahmung der Sexarbeit eine notwendige Basis dar, auf der dann weitere Forderungen formuliert und umgesetzt werden müssen, soll Sexarbeit ein Gewerbe werden, in dem abgesicherte Arbeitsbedingungen bestehen. 70 Teilnehmer_innen diskutierten diese Zusammenhänge im Rahmen des Tagesworkshops „Stadt, Prostitution, Vertreibung“, den die Rosa-Luxemburg-Stiftung im Rahmen des Hamburger Projekts „Prekarisierung und kollektive Organisation“ zusammen mit der Einrichtung ragazza am 2. Dezember 2011 im Kulturladen St. Georg veranstaltete. Die lokalen Bestandsaufnahmen zu Situationen und Strategien der Sexarbeiter_innen und ihren Unterstützer_innen zeigten, dass diese Perspektive gesicherter Arbeitsverhältnisse für Sexarbeiter_innen derzeit in vielen europäischen Städten durch einen Trend zu repressiver staatlicher Politik und medienträchtiger Skandalisierung

¹ In diesem Text sprechen wir von Sexarbeiter_innen, wenn nicht explizit nur Frauen gemeint sind. Auch wenn Sexarbeit überwiegend auf einem Bild von Weiblichkeit basiert und die Mehrheit der Arbeitenden – vor allem auf dem Straßenstrich – Frauen sind, so soll der Unerstrich_doch deutlich machen, dass auch weitere sexuelle Identitäten (kindlich, männlich, trans, poly...) nachgefragt und angeboten werden.

² Schrader, Kathrin, 2007: Ein Plädoyer für die Achtung von Alterität und Destigmatisierung in der Sexarbeit, URL <http://www.feministisches-institut.de/sexarbeit/>

konterkariert wird.

Anlass für den Workshop war, dass sich Sexarbeiter_innen in St. Georg und damit auch die Einrichtungen, die sie unterstützen, derzeit mit einem städtischen Aufwertungsdruck konfrontiert sehen, unter dem das Viertel St. Georg seit Jahren steht. Im Rahmen dieser Entwicklung wurde im letzten Jahr die Repression gegen Sexarbeit massiv verstärkt. Ein weiterer Grund dafür, die aktuelle Situation in St. Georg zum Ausgangspunkt eines internationalen Workshops zu machen, war das 20jährige Bestehen der Einrichtung ragazza³, die Angebote und politische Unterstützung für drogengebrauchende Sexarbeiterinnen in Hamburg St. Georg bietet.

Sexarbeit wird in St. Georg seit 1980 über eine Sperrgebietsverordnung reguliert, welche es untersagt, innerhalb der darin aufgeführten Gebiete „auf öffentlichen Straßen, Wegen, Plätzen und Anlagen sowie an sonstigen Orten, die von dort aus eingesehen werden können“⁴ der Prostitution nachzugehen. Eine neue interne Anordnung der Polizei in St. Georg hat es sich seit Anfang des Jahres 2011 zum Ziel gesetzt, diese Sperrgebietsverordnung schärfer umzusetzen. Letztlich steht die Verdrängung des Straßenstrichs als Teil der Prozesse der Stadtteilaufwertung an; das Mittel hierfür sind Bußgelder über mehrere hundert Euro. Zudem ist das Viertel als Gefahrengebiet⁵ ausgerufen. Dies ermöglicht es der Exekutive, Aufenthaltsverbote oder Ingewahrsamnahmen zu verhängen – dieses Mittel der Repression wird dabei vorzugsweise auf drogengebrauchende Sexarbeiterinnen angewandt. Effekt dieser Politik ist eine Potenzierung der Prekarität von Sexarbeit in mehrerer Hinsicht: Durch den Druck, klandestiner zu arbeiten, werden weniger Kunden erreicht und somit weniger Einkommen erzielt. Gleichzeitig müssen steigende Ausgaben, die durch die hohen Bußgelder und im Zuge der Aufwertung teurer werdende Hotels entstehen, ausgeglichen werden. Auf diese Weise verschwindet nicht die Sexarbeit, aber die Möglichkeit, selbstbestimmt über Arbeitsorte und -zeiten, Kunden und Praktiken zu entscheiden. Auf dem Rücken einer prekären Arbeiter_innenschaft wird hier eine Stadtpolitik durchgesetzt, die Gewerbe, Tourismus und Wohnen nach bürgerlichen Ansprüchen bereitstellen will. Politische Durchsetzungsmacht wird ebenso repressiv wie diskursiv bewiesen. Dagegen stehen Widerstände der Sexarbeiter_innen, die sich durch Kommunikation untereinander, die Inanspruchnahme juristischer Mittel und einen langen Atem ihre Arbeitsplätze und Möglichkeiten erhalten und immer wieder erkämpfen.

Auf dem Workshop zeigten rund 70 Teilnehmende – 90% Frauen, etwa Zweidrittel der Anwesenden war unter Dreißig – ein Interesse an der vertieften thematischen Auseinandersetzung mit diesen Zusammenhängen. Studierende, Mitarbeiter_innen aus sozialen oder wissenschaftlichen Einrichtungen und Aktivist_innen fanden sich ein, um Positionen zu Sexarbeit und Handlungsperspektiven gegen Vertreibungspolitikern zu diskutieren. Der Vormittag war in Form von Vorträgen und Diskussionen im Plenum organisiert, am Nachmittag fanden drei Workshops parallel statt. Im Abschlusspodium wurden noch einmal die politischen, juristischen und sozialen Perspektiven zusammengefasst, die für Sexarbeiter_innen bestehen, sowie die Frage möglicher Formen der Solidarität mit ihnen und der notwendigen Bündnisse diskutiert.

Im Auftaktvortrag „**Konfliktlinien um Sexarbeit in St. Georg**“ stellte Kathrin Schrader⁶ von der TU Harburg dar, wie durch verschiedene Formen von Regulierung Sexarbeiterinnen in differente Ausgangspositionen je nach Drogengebrauch, Staatsbürgerlichkeit und ökonomischer Angewiesenheit in der Sexarbeit positioniert werden, wobei die verschiedenen Positionierungen in Wechselwirkung miteinander stehen. Dieses Regime, das die Regulierung von Sexarbeit überall prägt, setzte sie in Bezug zu St. Georg und seiner stadtentwicklungspolitischen Situation. Darin

³ Ragazza Selbstdarstellung: <http://www.ragazza-hamburg.de/ueberuns.html>

⁴ Verordnung über das Verbot der Prostitution. HmbGVBl. 1980, S. 289

⁵ Das Hamburger Polizeigesetz schreibt einige Viertel bzw. Teile davon dauerhaft oder zeitweise als Gefahrengebiete aus. „Sicherheit“ und „Ordnung“ sollen so gesichert werden. Ein besonderes Augenmerk liegt für St. Georg auf Drogenkonsument_innen. Innerhalb dieser Gebiete sind ängige Personenkontrollen äßig, die Identitätsfeststellungen, Durchsuchungen, Aufenthaltsverbote oder Ingewahrsamnahmen nach sich ziehen können.

⁶ Zu ihren Tätigkeiten vgl. www.tu-harburg.de/agentec/team/schrader.htm

ergeben sich widersprüchliche Disziplinierungsanforderungen zwischen Hilfesystem und Kriminalisierung, eine erneute Schwächung der Machtposition der Sexarbeiterinnen sowie diverse Widersetzungen. Kathrin Schrader zeigte dabei weiterhin auf, dass auch Handlungsmacht von Sexarbeiterinnen, die in vielen Diskussionen oft vollständig verneint wird, als Moment in den Konflikten um die Regulierung von Sexarbeit berücksichtigt werden muss. Diese besteht beispielsweise in Widersetzungen gegen Regulierungen und Zuschreibungen, in einem Suchen und Wahrnehmen von Schlupflöchern und Möglichkeiten hin zu gemeinschaftlichen Ansätzen der Arbeitsorganisierung. Zugleich stellen rassistische Zuschreibungen innerhalb der Machtkonflikte ein zentrales Feld dar, das von einigen Sexarbeiterinnen sowie Anwohner_innen und Presse betreten und ausgefüllt wird. Schrader gab dabei zu bedenken, dass auch soziale Einrichtungen innerhalb rassistischer Verhältnisse keine wahre Unterstützung zu leisten vermögen, solange sich – anhand der Zusammensetzung der Mitarbeiter_innen, aber auch in den entwickelten Praxen und Positionen – *weiße*⁷ Hegemonien in ihnen widerspiegeln.

Abschließend führte Schrader Ansätze für parteiliches Handeln an. Sie verwies auf die Aufforderung von Donna Haraway, „eine Gemeinschaft zu gestalten, die auch Differenzen zuzulassen vermöge“ sowie Michel Foucaults Konzepte der Ethik des Selbst (Paraskeu) und der kritischen Widerrede (Parrhesia).

Anschließend legten Aktivistinnen des Hamburger Bündnisses „Recht auf Straße“⁸ **„Links-feministische Perspektiven und Aktionsformen“** dar, mit denen sie in den Konflikten um Sexarbeit zwischen Repression und Stadtentwicklung eine Unterstützung leisten. Dafür haben sie im Laufe dieses Jahres unter dem Titel *Recht auf Straße* Diskussionsveranstaltungen und eine Kundgebung auf dem Hansaplatz – als Symbolort der Verdrängung – organisiert. Einen feministischen Blick auf die Konflikte zu werfen, heißt für das Bündnis zu erkennen, dass nicht die Sexarbeiter_innen das Übel sind, sondern die gesellschaftlichen Umstände, die zu Sexarbeit und ihrer prekären Situation führen. Um diese Erkenntnis zu verbreiten, sind sie mit ihren Aktionen in der Öffentlichkeit in St. Georg und in ganz Hamburg aktiv. Die Doppelmoral, in St. Pauli einen Mythos der Prostitution touristisch zu vermarkten und gleichzeitig durch die Regulierungen und Selektierungen einen Markt der irregulären, prekären Arbeit in St. Georg zu schaffen, kritisierte das Bündnis entsprechend auch aus antikapitalistischer und migrationspolitischer Sicht. Die Verdrängung der Sexarbeit in St. Georg stelle sich demnach explizit als eine Verdrängung der besonders Prekarisierten (unsicherer Arbeits-/Aufenthaltsstatus, Drogengebrauch) dar. Letztlich unterteile diese Politik ebenso in „ehrbare“ und „ehrlose“ Sexarbeiter_innen wie auch in entsprechend repräsentierte Räume.

Für Jenny Künkel von der Uni Frankfurt („**Konflikte um Sexarbeit – global betrachtet**“) steht Sexarbeit in einem Feld der globalen Städtekonkurrenz, in der die Metropolen um die Ansiedlung von Mittelklasse und Unternehmen werben und sich um eine Attraktivierung für Tourismus bemühen. Ein Teil dieser Politik bestehe in einem „Aufräumen“ der Städte. Eine andere Strategie sei die der Umarmung, der Einbettung. Soziale Ausschließungsprozesse fänden auch neoliberal weiterhin statt, doch gebe es daneben ein Zelebrieren von verwertbarer Vielfalt. Künkel verglich Diskussionen um Sexarbeit anhand vier stadtpolitischer Beispiele. St. Georg sei durch eine die Sexarbeit vertreibende Quartiersplanung bestimmt, während in St. Pauli eine Vereinnahmung bestimmter Formen der Sexarbeit stattgefunden habe. In Berlin sei ein Straßenstrich auf Kosten rassistischer Abgrenzungsdiskurse erhalten worden, in Madrid dagegen haben langfristig angelegte widerständige Politiken zwar letztlich nicht ein Bleiben aller Sexarbeiter_innen erzielen können,

⁷ Mit der Benennung von *weiß* soll seine Selbstverständlichkeit als unsichtbare gesetzte Norm demaskiert werden. *Weiß*e Privilegien sollen so sichtbar gemacht und die damit zusammenhängenden Geschichten von Kolonialismus und Rassismus aufgedeckt werden. Werden *weiße* Positionen nicht bezeichnet bleibt ihre Erlangung durch einen privilegierten Status in einem rassistischen und rassifizierenden Gesellschaftszusammenhang verdeckt. Zudem wird mit der *Kursiv*schreibung der Konstruktions-Charakter von *weiß* hervorgehoben.

⁸ rechtaufstrasse.blogspot.de

doch aber ein breites Bündnis in eine breite Bewegung der Prekären hinein erschaffen. Die Frage nach einem Wie müssten sich politische Sprecher_innen stellen, wenn sie nicht in Fällen rassistischer Exotisierungen tappen wollen. Zudem vermöge das Thema Prostitution unterschiedliche Akteursgruppen aufzurufen. Darum mahnte Künkel, es sei notwendig, zu formulieren, wie eine Zielsetzung jenseits von Abwehr und einer – auch bürgerlich-konservativ zu verstehenden – Rückeroberung des öffentlichen Raums aussehen könnte.

Christiane Howe⁹ von der TU Berlin präsentierte in ihrem Vortrag „**Straßenprostitution und Nachbarschaften**“ Ergebnisse einer Akteursanalyse auf dem Berliner Straßenstrich. Die Entwicklungen an der Berliner Kurfürstenstraße bildeten das Feld, in dem sie Problemwahrnehmungen und Lösungsansätze verschiedener Gruppen von Beteiligten untersuchte. Auffassungen von Anwohner_innen, Gewerbetreibenden, Sexarbeiterinnen und sozialen Einrichtungen wurden in diesem Rahmen evaluiert. Während in der Presse Themen wie „Schmutz“, „aggressives Ansprechen der Männer“ und die „Angst der Kinder“ im Vordergrund stünden, stellte Howe über die Studie fest, dass die Sexarbeit selbst nur einen kleinen Teil der Befragten störe. Es sei ein breiteres Interesse daran festzustellen, für konkrete problematische Begleiterscheinungen von Sexarbeit (z.B. häufiges lautes Türenschielen in der Nacht) praktische Lösungen zu finden. Howe zog insgesamt das Fazit, es sei unsinnig, das Gewerbe anzubieten, den Raum dafür aber nicht zur Verfügung zu stellen. Damit sich die Konflikte nicht nur räumlich verschieben, müsse eine grundsätzliche Lösung geschaffen werden. Derzeit sieht sie hierfür jedoch keinen politischen Willen.

Am Nachmittag teilten sich die Workshop-Teilnehmer_Innen in drei Gruppen auf, um darin einzelne Themen genauer zu vertiefen.

Im ersten Workshop „**Migration, Sexarbeit, Rassismus**“ leitete Katharina Hille vom Projekt indoors¹⁰ damit ein, dass es für ihre Arbeit wichtig sei, Sexarbeit und Frauenhandel nicht diskursiv miteinander zu verknüpfen, sondern als differente Phänomene zu betrachten. Wie sich das Verhältnis von Sexarbeit und Migration darstelle und wie sich darin rassistische Regulierungen entwickelt haben, erläuterte Sonja Obermüller von ragazza. Sie stellte dar, wie die WM 2006 und die EU Osterweiterung 2007 rassistische und antiziganistische Diskurse beförderten, auf deren Grundlage nun eine repressive Spaltung der Sexarbeiterinnen versucht werde. Beispielhaft wurde von Obermüller dabei der Umgang in der Öffentlichkeit im St. Georg mit den Frauen aus den neuen EU-Ländern ausgeführt. Gergana Schrenk vom Linzer Projekt Maiz legte dar, dass die Anerkennung von Sexarbeit als Arbeit für Maiz¹¹ der einzige Weg sei, gute Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Abolitionistische Haltungen, wie etwa das „schwedische Modell“¹², helfen hier nicht weiter. Ein gesellschaftlicher Rassismus wirke in der Umkämpfung der Sexarbeit ebenso stark wie die fehlende Auseinandersetzung mit Zusammenhängen globaler Migration und Arbeit innerhalb von unterstützenden Berufen. Ohne diese Themen und die Zusammenhänge unterschiedlichster prekärer Arbeitsfelder zu betrachten, verbleibe der Diskurs um Sexarbeit und Migration in der Rede über „fremde Opfer“. Die Folge seien dann nicht eine Ermächtigung der Position der migrierten Sexarbeiterinnen, sondern eine (west-)europäische Abschottungspolitik und die Entmündigung der arbeitenden und bisweilen subversiven Subjekte.

Den zweiten Workshop „**Sexarbeit und Gentrifizierung**“ eröffnete Licia Brussa von Tampep

⁹ Über ihre Tätigkeiten: www.tu-berlin.de/ztg/menu/team/mitarbeiterinnen/howe_christiane_dipl-soz/

¹⁰ Indoors arbeitet im Rahmen des EU Projektes Tampep mit migrierten Sexarbeiterinnen in ihren Arbeitsappartments. Ziel ist HIV Prävention. Die Selbstbezeichnung von indoors lautet „support and protection for female sexworkers and trafficked women working in hidden places“ (Quelle: PowerPoint Präsentation von Katharina Hille im Workshop)

¹¹ Über Maiz zu Sexarbeit: maiz.at/maiz-sex-work

¹² Hiermit ist ein Verbot des Erwerbs sexueller Dienste gemeint, wie es etwa in Schweden praktiziert wird. Durch eine Freierbestrafung wird die Sexarbeit jedoch nicht aufgehoben, sondern lediglich prekariert, so Maiz.

Amsterdam¹³ mit einer Analyse der Aushandlung von Raumnahme der Sexarbeit und städtischer Regulierung. Arbeitsrechte und Stadtpolitik hingen in dem Themenfeld Sexarbeit eng zusammen und würden gerahmt von rassistischen Ausschlüssen. Die Legalisierung von Sexarbeit habe in Amsterdam reguläre Arbeitsmöglichkeiten durch Auflagen, Teuerungen und ein neues Lizenzvergabesystem stark begrenzt, das den Konkurrenzdruck erhöht und Ausschlüsse verstärkt hat. Brussas Ausführungen wurden ergänzt und bestätigt von den Referentinnen der Projekte ragazza Hamburg und La Strada¹⁴ Hannover. Cora Funk berichtet über Hannover, räumliche Verdrängung erschwere die Nutzung wichtiger sozialer Infrastrukturen. Die Repression in St. Georg fußt nach Claudia Lange (ragazza) nicht so sehr auf tatsächlichen Gefährdungen, sondern auf einem konstruierten Sicherheitsgefühl und dem Ziel, den Stadtteil, an dem das Interesse von Investoren und Stadt aufgrund seiner zentralen Innenstadtlage ohnehin deutlich gewachsen ist, mittels exklusiver Angebote weiter aufzuwerten. Sie hob hervor, dass die diesjährige Verschärfung der Sperrbezirksverordnung Teil eines Prozesses der zunehmenden Ausweitung repressiver Maßnahmen gegen als unerwünscht deklarierte Bevölkerungen im Stadtteil sei. Insbesondere DrogengebraucherInnen werden seit langem mittels Platzverweisen, Aufenthaltsverboten und Ingewahrsamnahmen im Kontext des Gefahrengebietes St. Georg verfolgt.

Trotz aller Differenzen zwischen den Städten und Ländern ließ sich eine Linie ziehen, in der die Bestrebungen, Sexarbeit räumlich zu minimieren und repressiv in erwünschte und unerwünschte Arbeiter_innen zu spalten, die Konsequenz einer erhöhten Prekarisierung der Arbeit mit sich bringt. Eine Forderung in Bezug auf städtische Entwicklungsmaßnahmen lautete entsprechend „die ökonomischen und sozialen Faktoren einer Stadt in Planungsprozessen zu berücksichtigen“.

Im dritten Workshop „**Grenzen und Möglichkeiten politischer (Lobby)Arbeit im Kontext der Sexarbeit**“ erläuterte zunächst Simone Kellerhof ihre Erfahrungen im Berliner Projekt Hydra¹⁵. Hydra habe sich im Rahmen der Hurenbewegung in den 1980er Jahren aus der Notwendigkeit zur Selbstorganisation gegründet. In den folgenden Jahren hat sich innerhalb des Projekts eine komplexe, widersprüchliche Beziehung zwischen den Sexarbeiter_innen und den Frauen herausgebildet, die als Sozialpädagoginnen Sexarbeiter_innen unterstützen sollen und zugleich oft alleinig die politische Arbeit übernehmen. Kellerhof sprach sich dafür aus, dem Prostitutionsgesetz die Gründung einer Berufsgenossenschaft mit der Erarbeitung von Qualifizierungsmöglichkeiten und Arbeitsstandards folgen zu lassen. Kirsten Cordes von Kober¹⁶ Dortmund stellte dar, wie der Straßenstrich in Dortmund im letzten Jahrzehnt verschiedene Phasen sowohl der Stabilisierung durch städtische Politik, als auch von Repressions- und Vertreibungswellen erlebte. Im Laufe dieses Jahres wurde der Straßenstrich, der einst bundesweit als Vorzeigeprojekt diskutiert wurde, faktisch abgeschafft. Widerstände wie beständige Aneignungen von Räumen als Arbeitsplätze oder Demonstrationen bildeten in diesem Konflikt dennoch wichtige Momente der Ermächtigung. Über unsolidarische Interessenspolitiken in St. Georg berichtete Gudrun Greb von ragazza. „In diesem Stadtteil hat es die meisten Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen und die Ansiedlung großer Unternehmen gegeben. Das Interesse, dass „soziale Randgruppen“ unsichtbar werden, nimmt zu, vor allem da die Hotel- und Kulturgegend ein Tourismusmagnet ist.“ Die derzeitige Politik sei davon gekennzeichnet, dass einerseits Runde Tische tagen, um die Kommunikation über das Thema Sexarbeit zu erhöhen, während gleichzeitig (wie oben erläutert) massive Erhöhungen der Bußgelder beschlossen werden. Gegen diese verwertungsorientierten sprechstarken Interessengruppen sind für Greb solidarische Akteur_innen unerlässlich.

Perspektiven für Bündnisse

Auch das Abschlusspodium machte deutlich, was sich über den Tag hinweg erkennen ließ: Alle

¹³ Über Tamtep: tamtep.eu/about.asp?section=introduction

¹⁴ Selbstverständnis La Strada: www.la-strada-hannover.de/projekt-la-strada/selbstverstaendnis

¹⁵ Leitbild Hydra: www.hydra-berlin.de/ueber_uns/ziele_von_hydra

¹⁶ www.kober-do.de

Anwesenden waren sich mehr oder weniger einig, dass der Kampf für gute Arbeitsbedingungen in der Sexarbeit Bündnisse braucht. Einigkeit gab es auch darüber, dass für den Erfolg solcher Kämpfe als allererstes die Anerkennung von Sexarbeit als einer Arbeit, die anderen Formen von Erwerbstätigkeit gleichwertig ist, auf die Tagesordnung gehöre. Wie entsprechende Bündnisse besetzt, gestaltet und verortet sein müssten, darüber wurde in allen Phasen des Workshops durchaus kontrovers diskutiert. In der Abschlussdiskussion betonte Gergana Schrenk von Maiz die notwendige thematische Verknüpfung von Arbeits- und Migrationsverhältnissen, Gudrun Greb von ragazza bestand darauf, wie wichtig die Mischung von lokalen Akteur_innen und linken Aktivist_innen, aber auch ein Hineinwirken in städtische Verwaltungs- und Polizeistrukturen sei, um darin die fortschrittlichen Kräfte zu informieren und zu aktivieren. Licia Brussa legte mit ihren Hinweisen auf die Arbeit von Tampep Amsterdam den Schwerpunkt auf möglichst breite Lobbyarbeit. Selbstorganisation von Sexarbeiter_innen und eine Unterstützung darin war für alle Referentinnen und Diskussionsteilnehmer_innen unerlässlich. Vor allem Jenny Künkel mahnte an, ein Sprechen für Sexarbeit müsse sich dabei über einen Abwehrkampf hinaus positionieren und dezidiert hinterfragen, in welche Diskurse gesprochen wird, um anti-emanzipatorische Fallstricke zu sehen und zu umgehen. So dürfe weder entlang von Exotisierungen oder Abwertungen gesprochen werden, die rassistische Diskurse bedienen, noch eine Rückeroberung des öffentlichen Raums gefordert werden, ohne dabei zu betrachten, dass diese Politiken an konservative Verständnisse des bürgerlichen Raums, der vom „Pöbel“ wiedererrungen werden müsse, anzuschließen vermögen. Ein ähnliches Ergebnis stellte sich auch im Workshop „Migration, Sexarbeit, Rassismus“ dar. Ohne eine (selbst-)kritische Position kann eine Unterstützungspolitik die Arbeitenden nur allzu leicht entmündigen und das Bild der vermeintlich „ganz Anderen“ (migrierten Sexarbeiterin) reproduzieren. Die Anerkennung migrierter Sexarbeiter_innen als subversive Subjekte und prekäre Arbeiter_innen innerhalb eines prekären globalen Arbeitsmarktes stellt sich mit Maiz als zentral dar.

Als Forum für Austausch, Fortbildung und Vernetzung stellte der Tagesworkshop eine reichhaltige Veranstaltung dar. Etwa mit den Beiträgen von Schrader, Künkel und Schrenk wurde ersichtlich, dass es vor allem zu rassistischen Anknüpfungen oft keine Abgrenzung seitens der Fürsprechenden (wie z.B. Sozialarbeiter_innen oder politischen Akteuren) gibt. Die Verwobenheit von rassistischen, (hetero-)sexistischen und Klassenverhältnissen muss mitgedacht werden, wenn in Auseinandersetzungen um Sexarbeit die Arbeitenden gestärkt und erneuten Verwerfungen entgegnet werden soll.

Differente soziale Positionen und Lebensalltage spiegeln sich wider in den unterschiedlichen Formen der Prekarisierung, der Sexarbeiter_innen ausgesetzt sind. Die rassifizierte (Trans-)Sexarbeiterin muss sich teils anderen Zumutungen widersetzen als die *weiße* Drogengebraucherin. Gegenüber Sperrgebietsverordnung und bürgerlicher Moralvorstellung wird der Platz der verschiedenen Gruppen wechselnd neu bestimmt. Zeitweise werden Arbeiter_innen gegeneinander ausgespielt oder gleichsam verworfen. Rechtliche Rahmenbedingungen und beratende Unterstützung sind eine notwendige Handlungsbasis. Gleichwohl reichen sie, dies wurde den gesamten Workshop über deutlich, nicht aus, um auf die gegenwärtigen Vertreibungspolitik und effekterhaschenden mediale Diskurse Antworten zu finden, die gesellschaftliche Alternativen praktisch und theoretisch eröffnen. Alle Referentinnen berichteten aus den jeweiligen Städten, aus denen sie kamen, dass immer wieder kleinteilige, geduldige Informationsarbeit darüber notwendig ist, wie Arbeits- und Lebensalltage von Sexarbeiter_innen – fern von Erzählungen, die sich für absatzsteigernde Schlagzeilen eignen – tatsächlich aussehen. Erst damit wäre eine Basis geschaffen, dass sich ganz verschiedene gesellschaftliche Akteure an einem Austausch über Lösungsmöglichkeiten für Probleme beteiligen, die in der Sexarbeit gegenwärtig zentral sind. Gleichwohl stellten die meisten Referentinnen ebenso fest, dass die Zeiten für einen solidarischen gesellschaftlichen Austausch zum Thema Sexarbeit nicht besonders gut sind. Weder Bewohner_innen der Stadtteile, in denen Sexarbeit angesiedelt ist, noch Behördenvertreter_innen oder viele Medienvertreter_innen zeigen sich für ein konkretes Verstehen gegenwärtig sonderlich

aufgeschlossen.

Wichtig für eine eingreifende politische Arbeit bleibt ein solidarischer alltäglicher Umgang zwischen Sexarbeiter_innen und ihren (potentiellen) Bündnispartner_innen. Ein möglicher Ansatzpunkt hierfür könnte darin liegen, Wege zu finden, sich über die analytisch feststellbare Gemeinsamkeit, dass sich eigentlich alle Arbeitenden mit ihren ganzen Person und ihren Körper in ihre jeweilige Lohnarbeit einbringen müssen (wie in aktuellen Gegenwartsanalysen vielfach herausgearbeitet wird), auszutauschen. Auf diese Weise könnte die besondere Bedeutung, die Sexarbeit immer wieder gegeben wird (als grundsätzlich übergriffiges bzw. gewalttätiges Verhältnis zwischen zwei Personen) praktisch relativiert werden. Solchen Reflexions- und Austauschprozessen müssten sich sowohl Sozialarbeiter_innen als auch Aktivist_innen und Sexarbeiter_innen in ihrer Arbeit stellen. Einer allgemeinen gesellschaftlichen Dethematisierung von Sexarbeit gilt es zu widerstehen, um reißerischen Berichten und stigmatisierenden Diskursen zu begegnen. Die geringe Verankerung des Themas innerhalb der Linken führt darüber hinaus zu einem Verlust möglicher Bündnispartner_innen. Nur eine klare Positionierung, die die „Migrationstatsache“¹⁷, den kapitalistischen Zwang zu Lohnarbeit und Geschlechterrollen mitdenkt, kann einen Begriff von Arbeit und Autonomie der Subjekte formulieren anhand dessen selbstbestimmte Sexarbeit in Stadtentwicklungspolitiken umkämpft werden kann. Für mögliche solidarische Bezugnahmen ist es dabei umso wichtiger, das Thema vielerorts sichtbar zu platzieren und weitere Positionsfindungen zu befördern.

Abschließend soll hier eine Frage, die Kathrin Schrader in ihrem Artikel *Arbeitende Frauen vereint Euch!*¹⁸ stellte, erneut aufgegriffen werden. Schrader liefert darin eine Analyse weiblicher Arbeitsfelder und der gesellschaftlichen Bilder über sie. Sie kommt zu dem Schluss, dass wir dann, wenn wir eine ermächtigende feministische Perspektive auf geschlechtliche (rassifizierte und kapitalistische) Arbeit werfen wollen, auch unsere Emanzipationsbilder hinterfragen müssen. Wo Emma Goldman¹⁹ anregte zu reflektieren, ob der Verkauf sexueller Dienste innerhalb einer Ehe nicht Verbindungen zur Prostitution erkennen lasse, fragt Schrader: „Warum erscheint uns die finanziell abhängige Mutter in ihrer Rolle per se als glücklich und selbstbestimmt und wir stilisieren sie gar zu einem gesellschaftlichem Vorbild, während uns für Sexarbeiterinnen auf Grund ihrer Abhängigkeit positive Leitbilder unvorstellbar erscheinen?“

Programmablauf:

10.00 Begrüßung

10.15 - 11.30 Inputs mit Diskussion:

I. „Konfliktlinien um Sexarbeit in St. Georg. Die überflüssigen, verworfenen, gefährlichen Subalternen & der alltägliche Rassismus“, Kathrin Schrader (TU Harburg)

II. Links-feministische Perspektiven und Aktionsformen in St. Georg, Bündnis „Recht auf Straße“ (Hamburg)

11.45 – 12.45 Inputs mit Diskussion

I. Konflikte um Sexarbeit global betrachtet, Jenny Künkel (Uni Frankfurt)

¹⁷ Mecheril, Paul 2004: Einführung in die Migrationspädagogik. Weinheim Basel, S. 133

¹⁸ Schrader, Kathrin. 2009, URL <http://www.feministisches-institut.de/solidaritaet/>

¹⁹ Goldman, Emma 1917: The traffic in woman, zit. nach: Wegner, Florian 2011: Ein ehrbarer Beruf? In Direkte Aktion 203, Jan/Feb 2011.

II. Straßenprostitution und Nachbarschaften - Konfliktlinien und Lösungsansätze – Ergebnisse einer Akteursanalyse auf dem Berliner Straßenstrich, Christiane Howe (TU Berlin)

14.00 – 16.15 Parallele Gruppen

Gruppe 1: **Sexarbeit, Migration und Rassismus: Migrantische Sexarbeiterinnen in Linz und Hamburg.** Mit Gergana Schrenk (Maiz, Linz), Katharina Hille (indoors Hamburg), Sonja Obermüller (ragazza)

Gruppe 2: **Gentrifizierung und Sexarbeit - Amsterdam und Hamburg - St. Georg im Vergleich.** Mit Licia Brussa (Tampep, Amsterdam), Cora Funk und Michaela Neumann (La Strada, Hannover), Claudia Lange (ragazza, Hamburg)

Gruppe 3: **Grenzen und Möglichkeiten der politischen (Lobby)Arbeit im Kontext der Sexarbeit.** Mit Simone Kellerhof (Hydra, Berlin), Kirsten Cordes (Beratungsstelle Kober, Dortmund), Gudrun Greb (ragazza)

16.30 – 18.00 Abschlussdiskussion

Was sind (zukünftige) Perspektiven für Sexarbeiterinnen? Was heißt das für die, die sie unterstützen? Mit Gergana Schrenk (Maiz, Linz), Licia Brussa (Tampep, Amsterdam), Jenny Künkel (Uni Frankfurt), Gudrun Greb (ragazza, Hamburg)